

Julius Berger, Tiefbau-Aktiengesellschaft

Sitz der Verwaltung: (16) Wiesbaden, Biebricher Allee 37 (früher Berlin)

Drahtanschrift: Tiefbauberger

Fernruf: Sammelnummer 5 97 36

Bankverbindungen:

Landeszentralbank von Hessen, Wiesbaden, Kto.-Nr. 828;
Rhein-Main-Bank, Frankfurt (Main), Kto.-Nr. 10300.

Gründung:

Die Gründung erfolgte am 18. Dez. 1905. Die Sitzverlegung von Berlin nach Wiesbaden erfolgte lt. H.-V.-Beschluss vom 23.7.1948.

Zweck:

Ausführung von Bauten jeder Art, namentlich von Tief- und Wasserbauten, Herstellung und Verwertung von Baumaterialien, sowie Betrieb aller dem Baugewerbe dienenden Hilfsgeschäfte.

Innerhalb dieser Grenzen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Massnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, im In- und Auslande Zweigniederlassungen zu errichten, sich bei anderen Unternehmungen des In- und Auslandes zu beteiligen, solche Unternehmungen zu erwerben und zu errichten und Interessengemeinschaftsverträge einzugehen.

Die Gesellschaft betätigt sich auf folgenden Gebieten: Tunnelbau, Bau von Eisenbahnen, Strassenbau, Bau von Untergrundbahnen, Eisenbetonbau, Grundwasserabsenkungen, Flussregulierungen, Bau von Schleusenanlagen, Kanalbau, Bau von Wehren und Talsperren, Wasserkraftanlagen, Deichbau, Bau von See- und Binnenhäfen, Abraumbaggerungen und Gewinnung von Mineralstoffen im Tagebau, Erschließung und Betrieb von Bergwerken, Tiefbohrungen. Zweigniederlassungen: Hamburg, Düsseldorf, München, Stuttgart, Wiesbaden.

Vorstand:

Generaldirektor Regierungsbaurät a.D. Ernst Martens, Vors., Wiesbaden;
Dipl.-Ing. Hans Keller, Berlin;
Dr. jur. Karl Pfeiffer, Wiesbaden;
Dipl.-Ing. Silvio Walther, Wiesbaden.

Aufsichtsrat:

Regierungsrat a.D. Fritz Spennrath, Berlin, Vors.;
Bankier Otto Schniewind, München, stellv. Vors.;
Geheimrat Dr. h.c. Ludwig Kastl, München;
Direktor Curt Lebrecht, Wiesbaden;
Generaldirektor Walter Nadolny, Berlin;
Direktor Dr. Hans Pilder, Leonberg (Württ.).

Abschlussprüfer:

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main)

Geschäftsjahr: Kalenderjahr

Stimmrecht der Aktien in der H.-V.:

Je nom. RM 100.- = 1 Stimme.

Satzungsgemässe Verwendung des Reingewinns:

Der Reingewinn, der sich nach Vornahme von Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellung und Rücklagen ergibt, einschl. der Einstellung in die gesetzliche Rücklage, wird wie folgt verteilt:

1. Zunächst entfallen auf die Aktien bis zu 4% ihres Nennwertes.
2. Sodann erhält der Aufsichtsrat die ihm nach § 16 der Satzungen zustehende und nach § 98 Abs. 3 des AG zu berechnende Gewinnbeteiligung in Höhe von 5%.
3. Der Rest wird an die Aktionäre verteilt, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung bestimmt. Soweit nicht voll eingezahlte Aktien vorhanden sind, nehmen sie am Reingewinn nach Massgabe der auf den Nennwert geleisteten Einzahlungen teil.

Aufbau und Entwicklung

Hervorgegangen ist die Julius Berger Tiefbau-A.-G. (Ibtag) aus der in Bromberg im Jahre 1892 von Julius Berger gegründeten offenen Handelsgesellschaft gleichen

Namens. Im Dezember 1905 erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. - In der ersten Periode ihres Wirkens hatte die Gesellschaft vor allem hervorragenden Anteil am Ausbau des Eisenbahnnetzes in den östlichen Provinzen. Als sich das Schwergewicht ihrer Tätigkeit dann immer mehr westwärts verschob, wurde der Hauptsitz im März 1910 von Bromberg nach Berlin verlegt. In der Folgezeit vermochte die Ibtag innerhalb weniger Jahre ihr Arbeitsgebiet auf ganz Deutschland auszuweiten und auch im Ausland festen Fuss zu fassen, indem sie von mehreren fremdländischen Regierungen in Europa und Übersee mit der Ausführung bedeutsamer bautechnischer Aufgaben betraut wurde. Der Weltkrieg bereitete allerdings dieser erfolgreichen Entwicklung ausserhalb der Reichsgrenzen ein jähes Ende; nachdem aber seine politisch und wirtschaftlich nachteiligen Auswirkungen einigermaßen überwunden waren, gelang es der Gesellschaft, sich erneut ein erspriessliches Arbeitsgebiet im Ausland zu erschliessen.

1934 und 1935: Durchführung grösserer Neu- und Ersatzinvestitionen zur Erweiterung und zum Ausbau des Inlandsgeschäftes. Abwicklung der in früheren Jahren durchgeführten Auslandsaufgaben.

1937: Ankauf eines unbebauten Grundstückes bei Heilbronn a. Neckar für Lagerplatzzwecke.

1938: Übernahme eines gleichgearteten Unternehmens unter Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit. - Erwerb eines bebauten Grundstückes in Berlin-Grunewald, Bettinastrasse, für Einrichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes.

1939: Ausbau des Grundstückes Bettinastrasse. - Ankauf von Anteilen der Baugrund G.m.b.H., Berlin.

1940: Erhöhung der Beteiligung an der Baugrund G.m.b.H., Berlin.

1941: Ankauf eines Lagerplatzgeländes in Berlin-Heiligensee.

1942: Ausdehnung des Aufgabenkreises bis an den Rand des Kontinents. Aufnahme neuzeitlicher Betonverfahren.

1944: Die Gesellschaft verlor durch die Entwicklung an den Fronten wertvolles Betriebsvermögen in erheblichem Umfang. Schäden durch Luftangriffe kamen hinzu.

1945/47: Der Zusammenbruch des Reichs brachte dem Unternehmen weitere schwere Einbussen. Zu den bereits im Vorjahr verlorenen Maschinen und Geräten kam der Wegfall der bedeutenden Niederlassung Königsberg (Ostpr.), die Beschlagnahme des aus Grundbesitz, Maschinen und Geräten, Bankguthaben und Aussenständen bestehenden Vermögens in Oesterreich und der Verlust eines Teiles der Nassbagger-Geräte. Auf den nicht beschädigten Lagerplätzen in Deutschland erfolgten Beschlagnahmungen. Die in Berlin befindlichen Bankguthaben, Effektenbestände usw. wurden blockiert.

Die Entwicklung in Deutschland brachte es mit sich, dass sich der Schwerpunkt bei der allmählich einsetzenden Bautätigkeit zu den einzelnen Niederlassungen verlagerte.

1948: Verlegung des Firmensitzes von Berlin nach Wiesbaden lt. Beschluss der a.o. H.-V. vom 23.7.1948. Veranlasst wurde die Verlegung durch die Verlagerung des wirtschaftlichen und politischen Schwergewichts auf die Westzonen sowie durch die Entwicklung in Berlin. (Sequestrierung der Berliner Betriebsstellen im Ostsektor). Die in Berlin verbleibenden Betriebsteile der Gesellschaft arbeiten in Anlehnung an eine dort befindliche Tochtergesellschaft weiter. Das unbebaute Werkplatzgelände Berlin-Heinersdorf wurde Anfang 1948 enteignet. Neue Zweigniederlassungen wurden in Düsseldorf und München errichtet und ausreichend mit Baugerät ausgestattet.

In der Bilanz zum 31.12.1947 werden die "Nicht zuverlässig bewertbaren Aktiven" mit rd. RM 54,0 Mill. ausgewiesen (darin u.a. enthalten rd. RM 7,8 Mill. Kriegssachschäden, rd. RM 16,5 Mill. Bankguthaben und rd. RM 18,7 Mill. Forderungen aus noch nicht abgewickelten Bauten). Diesem Betrag steht auf der Passivseite eine Rücklage von rd. RM 38,9 Mill. entgegen.